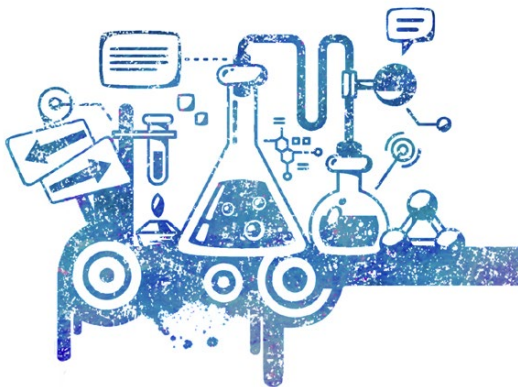


Vorsicht, Bürger- versicherung!

Warum das Experiment
schlecht für alle wäre



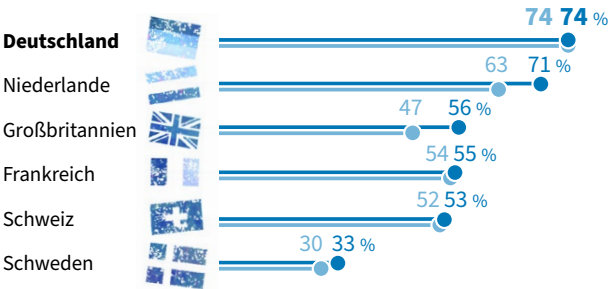
Deutschland hat eines der besten Gesundheitssysteme der Welt.

Unabhängig vom Einkommen profitieren alle Menschen von unserer hervorragenden Gesundheitsversorgung – freie Arztwahl und medizinischer Fortschritt inklusive. SPD, Grüne und Linke reden dieses bewährte System schlecht, sprechen von „Zwei-Klassen-Medizin“ – wegen minimal unterschiedlicher Wartezeiten. Fakt ist aber: Nirgendwo in Europa bekommt man so schnell einen Haus- oder Facharzttermin wie in Deutschland – egal, ob gesetzlich oder privat versichert.

KÜRZESTE WARTEZEITEN

Befragte, die am selben oder nächsten Tag einen Termin beim Hausarzt erhielten.

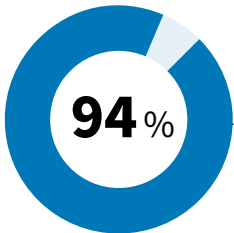
- Personen mit hohem Einkommen
- Personen mit niedrigem Einkommen



Deutsche mit medizinischer Versorgung zufrieden wie nie zuvor.

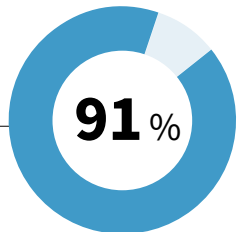
In der Corona-Pandemie stellt die überwältigende Mehrheit unserem Gesundheitssystem ein sehr gutes Zeugnis aus. Das ist kein Zufall, sondern Ergebnis des Miteinanders von Gesetzlicher und Privater Krankenversicherung. Ihr Wettbewerb führt zu innovativen Lösungen und verbessert die Versorgung. Davon profitieren alle Versicherten gerade auch in Krisenzeiten – wie die Umfrage-Ergebnisse beweisen. Es gibt also keinen Anlass für einen radikalen Umbau dieses hervorragend funktionierenden Systems.

HÖCHSTWERTE FÜR DAS GESUNDHEITSSYSTEM



Zufriedene Versicherte
in der **PKV**

Zufriedene Versicherte
in der **GKV**



Bürgerversicherung bedroht die hohe Qualität des Gesundheitssystems.

Privatversicherte sind den Verfechtern der Bürgerversicherung ein Dorn im Auge. Dabei tragen sie mit ihren Honoraren überproportional zur medizinischen Infrastruktur bei. Über 30 Prozent der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte befürchten, dass Praxen schließen müssen, wenn es weniger Privatversicherte gibt*. Ohne PKV fehlten jedem niedergelassenen Arzt im Schnitt über 55.000 Euro pro Jahr – das Gesundheitssystem insgesamt würde 12,7 Mrd. Euro einbüßen. Auch Hebammen oder Physiotherapeuten wären in ihrer Existenz gefährdet.

MEHREINNAHMEN IM GESUNDHEITSSYSTEM

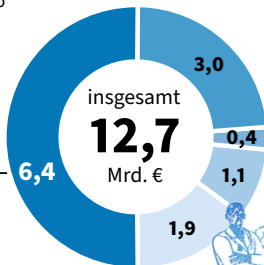
durch Privatversicherte in Mrd. Euro

- Ambulante ärztliche Versorgung
- Zahnmedizin
- Stationär
- Heilmittel
- Sonstiges

55.302

Euro je Arztsitz

Das entspricht dem Durchschnittsgehalt von
1,75 medizinischen Fachangestellten



Privatversicherte stützen vor allem auch die ländliche Versorgung.

Regionaldaten aus ganz Deutschland belegen die Bedeutung der Privatversicherten für die medizinische Versorgung im ländlichen Raum. Denn hier fallen deren Honorare besonders ins Gewicht. Ein Beispiel aus Bayern: Niedergelassene Ärzte im ländlichen Kreis Wunsiedel erzielen mit ihren Privatversicherten Mehreinnahmen im Realwert von durchschnittlich über 69.000 Euro pro Jahr – viel mehr als Praxen im Großraum München mit rund 48.000 Euro. Wer das duale System in Frage stellt, gefährdet also die flächendeckende medizinische Versorgung.

MEHRERLÖS DURCH PRIVATVERSICHERTE

in städtischen und ländlichen Regionen
je niedergelassenem Arzt/Jahr, Beispiel

Metropolregion München

47.756 €



Landkreis Wunsiedel

69.162 €



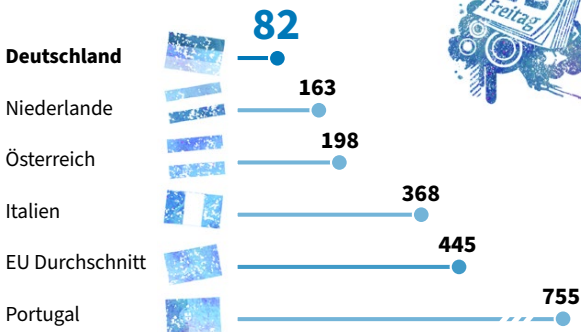
* Nach Alter gewichtet und um regionale Preisunterschiede bereinigt
(da ältere Patienten öfter zum Arzt gehen und Praxiskosten auf dem Land niedriger sind)

Bürgerversicherung bremst den medizinischen Fortschritt.

Der Wettbewerb zwischen Privater Krankenversicherung (PKV) und Gesetzlicher Krankenversicherung (GKV) garantiert ein hohes Versorgungsniveau. Dabei wirkt die PKV oft als Motor für Innovationen, weil sie neue Methoden frühzeitiger erstattet. Das treibt die GKV an, diese Angebote zu übernehmen. Im Gegenzug stärkt die GKV mit ihren großen Datenmengen die Qualitätssicherung für alle. Im Ergebnis profitieren die Menschen in Deutschland schneller z. B. von neuen Krebsmedikamenten als der Rest Europas. So kommt der Systemwettbewerb allen Patienten zugute.

SCHNELLE VERFÜGBARKEIT

von neuen Krebsmedikamenten nach ihrer EU-Zulassung, in Tagen

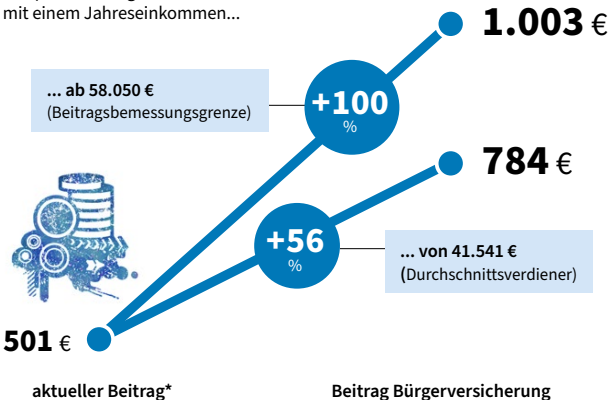


Privatversicherten droht ein massiver Beitragsprung.

Die Grünen sehen vor, dass Privatversicherte einkommensabhängige Beiträge in den GKV-Gesundheitsfonds einzahlen. Bei Angestellten wären das 769 Euro. Aus dem Fonds würden sie aber im Durchschnitt lediglich 267 Euro zurückerhalten. Von dieser Zuweisung soll der tatsächliche PKV-Beitrag von durchschnittlich rund 500 Euro bezahlt werden. Ergebnis: Die Gesamtbelastung der Privatversicherten würde im Vergleich zu heute sprunghaft steigen.

SPRUNGHAFTER BEITRAGSANSTIEG

Beispielrechnungen für Privatversicherte mit einem Jahreseinkommen...

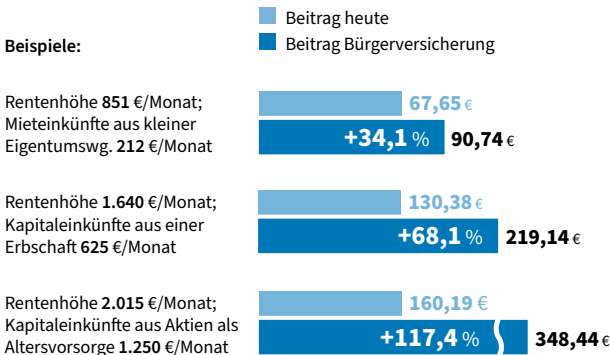


Bürgerversicherung belastet die Rentner und die Mittelschicht.

In der rot-grünen Bürgerversicherung würden Beiträge nicht nur auf Löhne und Gehälter, sondern auch auf Spar- und teilweise sogar Mieteinkünfte anfallen. Besonders betroffen wären Mittelschicht, Rentnerinnen und Rentner sowie andere Kleinsparer. Sie müssten erheblich höhere Beiträge abführen. Sie würden finanziell dafür bestraft, dass sie privat zusätzlich fürs Alter vorsorgen, wozu die Politik sie seit langem auffordert. Ihre Ersparnisse würden schlagartig um fast 16 Prozent GKV-Beitrag verringert.

HOHER BEITRAG IN DER KRANKENVERSICHERUNG

für Rentner bei Einbezug der privaten Altersvorsorge, monatlich (Freibetrag von 801 Euro/Jahr eingerechnet)



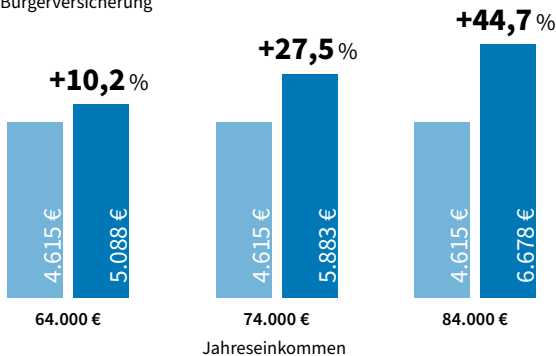
Lohnzusatzkosten explodieren. Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ist gefährdet.

Die Bürgerversicherung führt zu stark steigenden Lohnzusatzkosten. Denn bei den Grünen ebenso wie bei SPD und Linken wird geplant, die Beitragsbemessungsgrenze zur Krankenversicherung massiv zu erhöhen. Damit würden die Lohnzusatzkosten für gut qualifizierte Arbeitsplätze explodieren. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands wäre gefährdet.



ARBEIT WIRD TEURER

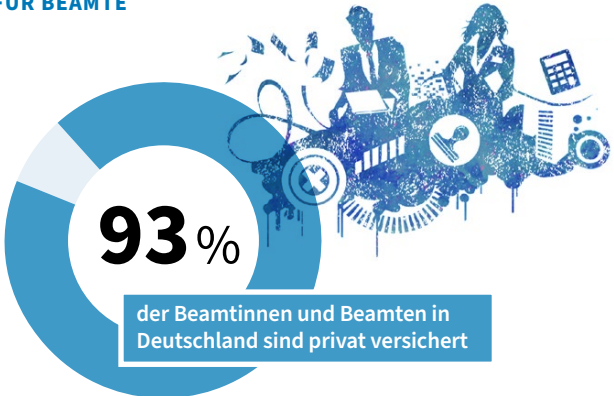
- Arbeitgeberbeitrag 2021
- Arbeitgeberbeitrag Rot-Grüne Bürgerversicherung



Beamte in der GKV bedeuten Mehrkosten für Steuerzahler.

Die „Bürgerversicherer“ wollen auch Beamtinnen und Beamte gesetzlich krankenversichern. Doch wenn der Staat statt der klassischen Beihilfe künftig den Arbeitgeberanteil zu den GKV-Beiträgen zahlt, wird es teuer. Baden-Württembergs Landesregierung hat es jüngst berechnet: Das Land müsste dafür allein bis 2040 zusätzlich 913 Millionen Euro aufbringen. Hochgerechnet auf Deutschland kann die zusätzliche Steuerlast im zweistelligen Milliardenbereich liegen.

KLASSISCHE VERSICHERUNG FÜR BEAMTE



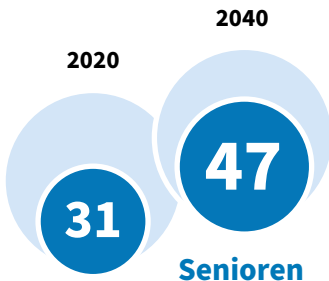
Demografischer Wandel macht Kapitalvorsorge der PKV unverzichtbar.

In der GKV finanzieren die Erwerbstätigen die Versorgung der Rentner mit. Da künftig weniger Junge immer mehr Älteren gegenüberstehen, wird das zunehmend problematisch. Trotzdem wollen die „Bürgerversicherer“ dieses Beitragsmodell ausweiten. Viel besser und nachhaltiger wäre es, die kapitalgedeckte PKV zu stärken: Denn Privatversicherte sorgen für ihre im Alter steigenden Gesundheitskosten selbst vor. Das ist echte Generationengerechtigkeit und funktioniert auch bei niedrigen Zinsen.

JUNGE GENERATION TRÄGT DIE LASTEN

Immer mehr Senioren müssen von den Erwerbstätigen mitfinanziert werden.

Auf ● 100 Erwerbsfähige kommen ...



Experiment Bürgerversicherung: Es würde nur Verlierer geben.

Corona hat uns alle vor eine noch nie dagewesene Herausforderung gestellt. Doch dank unseres Gesundheitssystems mit gesetzlicher und privater Krankenversicherung hat Deutschland diese Krise im Vergleich zu anderen Ländern sehr gut gemeistert. Dieses Nebeneinander wollen SPD, Grüne und Linke nun abschaffen und ein Einheitssystem einführen, das sie Bürgerversicherung nennen. Doch dieses Experiment würde nur Verlierer erzeugen:

- ▶ Tausende Arztpraxen, Hebammen und Physiotherapeuten müssten aufgeben.
- ▶ Die Wartezeiten für alle Patienten würden länger.
- ▶ Der medizinische Fortschritt würde ausgebremst.
- ▶ Der GKV-Beitrag würde für viele Versicherte am Ende deutlich steigen.

Weitere Informationen erhalten Sie auf www.pkv.de

Verband der Privaten
Krankenversicherung e.V.
Gustav-Heinemann-Ufer 74 c
50968 Köln
Telefon (0221) 99 87-0
Telefax (0221) 99 87-39 50

Heidestraße 40
10557 Berlin
Telefon (030) 20 45 89-0
Telefax (030) 20 45 89-31
info@pkv.de



Verband der Privaten
Krankenversicherung